

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Diepholz

Manfred Albers ☎ Unstrutweg 1 ☎ 49356 Diepholz

Stadt Diepholz
Rathausmarkt 1

49356 Diepholz



Dienstag, 05. November 2019

Im Namen der SPD-Fraktion beantrage ich die Beratung des folgenden Antrags im Rat der Stadt Diepholz.

Sicherer Hafen Stadt Diepholz

Antrag:

1. Der Rat unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen die Initiative SEEBRÜCKE und deklariert die Stadt Diepholz als sicheren Hafen.
2. Der Rat fordert den Bürgermeister auf, der Bundesregierung anzubieten, dass die Stadt Diepholz zusätzliche Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufnehmen kann und will.
3. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechte und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.
4. Der Rat appelliert weiter an die Bundesregierung, sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung als illegale Schlepperbanden auszusprechen.

Begründung:

Ein gelebtes Europa zeichnet sich durch gelebte Solidarität mit den Mitgliedsstaaten aus, die unter der DUBLIN-III-Verordnung leiden und mit den Menschen, die diese Regelung direkt betrifft. Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort finden, an dem sie in Würde und Rechtsstaatlichkeit leben können. Damit leisten Städte und Gemeinden einen kommunalen Beitrag zur Verbesserung der derzeitigen Lage: Die Abschottungspolitik der EU und die langsame Umsetzung bei der gerechten Verteilung verhindern das Sterbenlassen im Mittelmeer nicht, die DUBLIN-III-Verordnung zeigte sich im Zuge der Vielzahl der ankommenden Menschen als unpraktikabel. Wo europäische Zusammenarbeit auch angesichts immer stärkerer werdender extrem rechter Kräfte versagt, muss

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Diepholz

kommunale Politik tätig werden. Seit Monaten lässt sich die Blockadehaltung unsolidarischer Mitgliedsstaaten beobachten. Neben dem Ringen um europäische Lösungen, darf deshalb nicht Halt vor kommunalen Lösungen gemacht werden. Die Bekämpfung von Fluchtursachen bleibt damit oberstes Gebot, entbindet aber nicht von der humanitären Verpflichtung, schnell und unbürokratisch das Leben vieler Geflüchteter im Mittelmeer zu verbessern. Jede Lösung ist besser als keine. Die dezentrale Unterbringung Geflüchteter funktioniert am besten.

Sich nun für eine weitere Aufnahme oberhalb des Verteilungsschlüssels auszusprechen, reiht sich in die Tradition, sich diesen Herausforderungen aktiv zu stellen und diese gut zu bewältigen. Das haben Politik, Verwaltung und Gesellschaft in den letzten Jahren bewiesen. Bislang haben sich 47 Sichere Häfen in Deutschland gefunden. Als erste Gemeinde in Deutschland schloss sich Thedinghausen aus dem Nachbarlandkreis Verden und nun auch Weyhe der Erklärung an. Sollte die Stadt Diepholz ihre Bereitschaft signalisieren, wäre man eine weitere Gemeinde im Landkreis Diepholz und würde ein weiteres Signal für weitere Kommunen setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Jim Allen